



## Regierungsratsbeschluss vom 16. November 2021

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD); Übernahme der Verordnung (EU) 2021/1148 zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik im Rahmen des Fonds für integrierte Grenzverwaltung (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

---

P211106

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

### **Begründung**

Durch die Übernahme der Verordnung (EU) 2021/1148 zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik im Rahmen des Fonds für integrierte Grenzverwaltung (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) beteiligt sich die Schweiz an einem Fonds, welcher Schengen-Staaten unterstützt, die aufgrund ihrer ausgedehnten See- und/oder Landaussengrenzen oder bedeutenden internationalen Flughäfen hohe Kosten für den Grenzschutz tragen. Der Fonds trägt dazu bei, legale Einreisen zu erleichtern und die Effizienz der Kontrollen und damit den Schutz der Schengen- Aussergrenzen zu verbessern und eine wirksame Steuerung der Migrationsströme zu gewährleisten. Die Vernehmlassungsvorlage wird begrüsst.

